

NRW / Städte / Nettetal

Nettetal

## Junge Menschen für Politik interessieren

13. Januar 2020 um 19:45 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Landtagsabgeordnete Ina Spanier-Oppermann (links) beantwortet Fragen von Schülerinnen. In der Mitte Landtagsvizepräsident Oliver Keymis. Foto: Heribert Brinkmann

**Nettetal. Die kleine Wanderausstellung „Landtag NRW“ wurde am Montag in der Gesamtschule eröffnet. Schüler der Jahrgangsstufe 11 stellten Politikern aus Stadt und Land viele Fragen, vor allem zum Wahlrecht ab 16.**

Von Heribert Brinkmann

Für zwei Wochen steht in der Mensa der Gesamtschule Nettetal ein begehbare Modell des Düsseldorfer Landtages. Wer ins Innere des kreisförmigen Modells geht, findet auf Fotos ein Abbild des Plenarsaales. Erklärt wird, wo der Platz der Regierung ist, wo die Fraktionen sitzen. Und wer will, kann mal das Gefühl ausprobieren, ans Rednerpult zu treten. Oliver Keymis, Vizepräsident des Landtages (Bündnisgrüne), nutzte die Eröffnung der Ausstellung, um die Schüler nach Düsseldorf direkt in den Landtag einzuladen. Der Sachbereich Schülerprogramme und Jugendparlament beim Landtagspräsidenten hat diese kleine didaktische Schau erarbeitet, um Jugendliche für die Arbeit des Landesparlamentes und für Politik allgemein zu interessieren. Nettetal ist die erste Station.

Die Eröffnung der Ausstellung war vom Kursus Sozialwissenschaften der Jahrgangsstufe 11 vorbereitet worden. Moderation (Lina Meiners-Timmermann und Ole Heinen), vorbereitete Fragen und ein Protest-Brief zeugten von einem beeindruckenden Engagement. Die 16-Jährigen interessierten sich besonders für die Haltung zum Wahlrecht mit 16. Landtagsvizepräsident Oliver Keymis fand die Diskussion in Nettetal spannend, fügte aber später hinzu, anderswo werde man auch schon mal nach der Freigabe von Cannabis gefragt.

## INFO

### Der Landtag von Nordrhein-Westfalen

**Wahlperiode** Gewählt wurde zuletzt am 14. Mai 2017. Die nächste Wahl wird voraussichtlich im Mai 2022 sein.

**Sitze** CDU 72, SPD 69, FDP 28, Grüne 14, AfD 13, fraktionslos (Blaue) 3

**Regierung** CDU/FDP

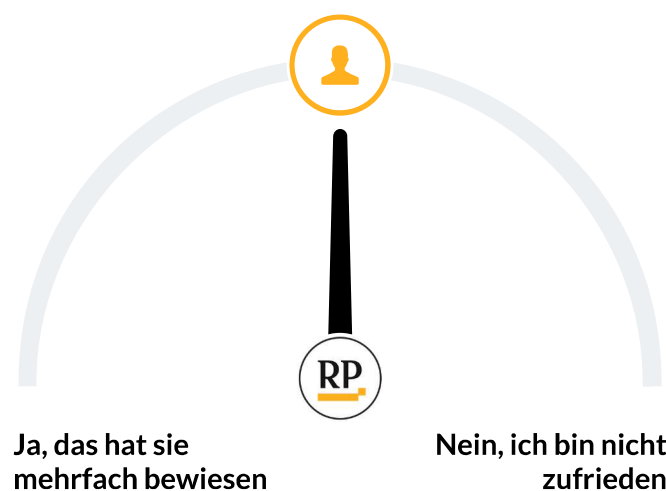
In Nettetal waren die Landtagsabgeordneten Ina Spanier-Oppermann (SPD) und Dietmar Brockes (FDP) zur Eröffnung der Landtags-Ausstellung gekommen. Markus Optendrenk (CDU) war durch eine Fraktionstagung verhindert. Aber auch Bürgermeister Christian Wagner (CDU) und aus dem Stadtrat SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Dyck sowie Hans-Willy Troost und Heinz-Dieter Lehmann von der FDP-Fraktion waren gekommen, um mit den Schülern ins Gespräch zu kommen.

Landtagsvizepräsident Keymis machte deutlich, dass die politische Arbeit in den kommunalen Gremien ehrenamtlich sei. Und auch Bürgermeister Wagner betonte: „Demokratie lebt von Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren.“

In der Mensa der Gesamtschule saßen rund 80 Jugendliche, die da waren, nicht weil sie ihr Lehrer Merlin Praetor dazu animiert hatte, sondern die ein echtes Interesse an Politik zeigten und sich damit nicht ernst genommen fühlten. In einem Text an die Politiker sprachen die Schülerinnen Malin Ließem, Paula Lintjens und Jessica Voss von ihrem Eindruck, dass Jugendliche auf Abstand gehalten würden. Zweidrittel der Politiker erschienen ihnen als „old School“, die Jugendliche nicht verstünden. Bewegungen wie Fridays for Future und stiller Protest wie vegetarisches und veganes Essen würden häufig belächelt. Die Jugendlichen wollen ihre Zukunft mitbestimmen. Bei der Kommunalwahl kann man bereits ab 16 Jahren abstimmen. Oliver Keymis appellierte an die Schüler, nicht nur zu fordern, sondern ihre Rechte auch zu nutzen.

LIVE ABSTIMMUNG • 25.633 MAL ABGESTIMMT

## Frage der Woche: Ist Merkel eine gute Krisenmanagerin?



**RP ONLINE**



Nachdem Renate Dyck mehr politische Bildung für Senioren forderte, weil dort rechts gewählt werde, und Schüler Leo wissen wollte, ob man das Wahlrecht bei Alten beschränken solle, mahnte Bürgermeister Wagner an, nicht die Generationen gegeneinander auszuspielen. Nach dem Grundgesetz sei jeder Mensch gleich viel wert.

**Ouzo-Lattek** Dienstag, 14. Januar 2020, 15:35 Uhr

"Nachdem Renate Dyck mehr politische Bildung für Senioren forderte, weil dort rechts gewählt werde, und Schüler Leo wissen wollte, ob man das Wahlrecht bei Alten beschränken solle..."

Liebe Frau Dyck,

bei Senioren handelt es sich um das Klientel 60+.

Diese Menschen haben also mindestens sechs Jahrzehnte Politik und den Werdegang Deutschlands mitbekommen. Wenn diese sich dazu entscheiden rechts zu wählen, sollte man sich lieber mal Gedanken darüber machen, warum dies so ist (kleiner Tipp, es könnte an der Politik der letzten Jahre und deren Auswirkungen liegen wie z.B. Altersarmut und Pflegenotstand).

Scheint ihnen nicht zu passen und daher fordern sie "politische Bildung". Schon klar, was dabei rauskommen soll...

Warum nicht gleich "Umerziehungslager" ?

Zum Schüler Leo fällt mit nichts mehr ein.

Dieser hat sich eigentlich direkt für das Wahlrecht ab 16

(Gott stehe uns bei) disqualifiziert.

Wer es überhaupt in Betracht zieht, anders Denkenden das Wahlrecht zu beschränken, hat nichts über Demokratie gelernt.

Wie auch, Politik steht wahrscheinlich freitags auf dem Lehrplan...

---